

**Antrag 62/II/2024****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Gegen die Wiedereinführung der Dienst- und Wehrpflicht – Für ein Recht auf einen Freiwilligendienst!**

1 Wir leben in einer Zeit und einer Welt des Umbruchs und  
2 einer Zäsur. Sei es die geopolitische Lage, die sich durch  
3 den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine grundlegend  
4 verändert hat, die globale Klimakrise, die unsere Existenz  
5 bedroht, oder der massive Rechtsruck in unserer Gesell-  
6 schaft - wir befinden uns an einem entscheidenden Wen-  
7 depunkt. Diese tiefgreifenden Veränderungen spüren wir  
8 alle, vor allem im Alltag: bei den steigenden Lebensmit-  
9 telpreisen, der endlosen und frustrierenden Wohnungssu-  
10 che oder dem Gefühl der Unsicherheit, die unser Leben zu-  
11 nehmend prägen. Für uns junge Menschen bedeutet diese  
12 Welt vor allem eines: Sorge um unsere Zukunft. Dennoch  
13 kommen aus der Politik kaum Antworten auf unsere Zu-  
14 kunftsängste.

15

16 Im Gegenteil: Statt Verantwortung zu übernehmen und  
17 sich mit den drängenden Fragen der Zeit auseinanderzu-  
18 setzen, wird oft reflexartig die junge Generation in die  
19 Pflicht genommen - nicht selten begleitet von haltlosen  
20 Vorwürfen, wir seien faul oder desinteressiert. Besonders  
21 deutlich wird dies in der aktuellen Debatte um die Wieder-  
22 einföhrung einer Wehr- bzw. Dienstpflicht. Anstatt einen  
23 öffentlichen Diskurs zu föhren, der sich auf eine adäquate  
24 Ausstattung der Bundeswehr mit den notwendigen mate-  
25 riellen Ressourcen oder dem Ausbau des sozialen Sektors  
26 konzentriert, wird zunehmend das Narrativ verbreitet, nur  
27 die Wiedereinföhrung der Wehrpflicht könne die Verteidi-  
28 gungsfähigkeit Deutschlands sichern.

29

30 Wir als Jusos und Vertreter\*innen der jungen Generation  
31 sagen ganz klar: **Nein** - die Lösung der aktuellen Verteidi-  
32 gungsprobleme und jahrzehntelanger Mangelwirtschaft  
33 im Gesundheits- und Sozialbereich liegt nicht in einer zu-  
34 sätzlichen Belastung für uns junge Menschen. Wir leh-  
35 nen die Wiedereinföhrung jeglicher Dienstpflichten wei-  
36 terhin entschieden ab und fordern stattdessen echte, zu-  
37 kunftsorientierte Lösungen, die unsere Sicherheit und un-  
38 sere Zukunft gleichermaßen im Blick haben. Insbesondere  
39 lehnen wir den Ansatz der Zwangsverpflichtung strikt ab -  
40 stattdessen müssen Wahlmöglichkeiten geschaffen wer-  
41 den, die jungen Menschen echte Optionen bieten. Unser  
42 Ziel ist eine Gesellschaft, in der die Lasten gerecht verteilt  
43 sind und die Verantwortung nicht einseitig auf die Schul-  
44 tern der jungen Generation abgewälzt wird.

45

**46 Da war doch was...**

47 Die Debatte um die Wiedereinföhrung der Wehrpflicht  
48 oder die Einföhrung einer allgemeinen Dienstpflicht ist

49 nicht neu. In Deutschland bestand die Wehrpflicht von  
50 1956 bis 2011. Im Verteidigungsfall wären Männer im Al-  
51 ter von 18 bis 60 Jahren einberufen worden. Nach dem  
52 Zweiten Weltkrieg war Deutschland entmilitarisiert und  
53 hatte zunächst keine eigene Armee. Erst die Spannungen  
54 des Kalten Krieges führten zur Gründung der Bundeswehr  
55 1955 und zur Einführung der Wehrpflicht ein Jahr später,  
56 trotz starker Kritik von Kirchen und Gewerkschaften.  
57 Der Grundwehrdienst dauerte anfangs zwölf Monate,  
58 wurde dann auf 18 Monate verlängert und schließlich er-  
59 neut verkürzt. Vor der Aussetzung 2011 betrug die Dienst-  
60 zeit sechs Monate. Männer, die den Wehrdienst aus  
61 Gewissensgründen verweigerten, mussten einen Ersatz-  
62 dienst, den Zivildienst, leisten, der ebenfalls 2011 einge-  
63 stellt wurde und im Bundesfreiwilligendienst aufging.  
64 Auch wenn die Wehrpflicht 2011 ausgesetzt wurde, bedeu-  
65 tet das nicht, dass diese abgeschafft worden ist. Diese ruht  
66 nun über 10 Jahre und kann jederzeit mit einer einfachen  
67 Mehrheit wieder eingesetzt werden.

68

#### 69 **Aktuelle Pläne**

70 Wegen der geringen Bedrohungslage wurde die Bundes-  
71 wehr mit dem Aussetzen der Wehrpflicht 2011 stark ver-  
72 kleinert und in ihrer Struktur angepasst. Durch den An-  
73 griffskrieg Russlands auf die Ukraine im Jahre 2022 hat  
74 sich aber nun die Sicherheitslage in ganz Europa verän-  
75 dert. Mit einem Mal bekam die Wehrfähigkeit der Bun-  
76 deswehr wieder mehr öffentliches Interesse. Stimmen  
77 wurden laut, dass die Bundeswehr wieder wehrfähig und  
78 für den Verteidigungsfall aufgerüstet werden müsse. Dies  
79 wurde durch die 100 Milliarden Euro Sondervermögen für  
80 die Bundeswehr im Februar, wenige Tage nach Kriegsbe-  
81 ginn, deutlich.

82

83 Aus diesem Grund forderten viele Politiker\*innen, wie der  
84 Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) eine allgemei-  
85 ne Dienstpflicht für junge Menschen im sozialen Bereich,  
86 sowie die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Hierzu wur-  
87 den im Juni 2024 Pläne vorgestellt: Nach dem schwedi-  
88 schen Vorbild soll die Bundeswehr Briefe zur Abfrage von  
89 Fitness, Eignung und genereller Motivation an alle Män-  
90 ner eines Jahrgangs, die 18 werden, schicken. Diese Brie-  
91 fe müssen verpflichtend von ihnen ausgefüllt und zurück-  
92 geschickt werden. Frauen desselben Alters sollen auch ei-  
93 nen solchen Brief erhalten, müssten diesen aber nicht ver-  
94 pflichtend ausfüllen. Nach den Plänen des Verteidigungs-  
95 ministers sollen so ein Teil der jungen Männer zur Mus-  
96 terung eingeladen werden. Von den gemusterten jungen  
97 Männern sollen dann im ersten Jahr rund 5.000 junge  
98 Männer einen freiwilligen Wehrdienst leisten.

99

100 FINTA können sich ebenfalls einer Musterung unterzie-  
101 hen lassen. Genommen werden aber dann, nach Anga-

102 ben des Verteidigungsministeriums, nur „die Geeignets-  
103 ten und Motiviertesten“. Die Zahl der Rekrut\*innen soll  
104 dann jährlich aufs Neue festgelegt werden. Diese Form  
105 der neuen Wehrpflicht solle mit einer einfachgesetzlichen  
106 Änderung noch in dieser Legislatur eingeführt werden.  
107 Die Wehrpflichtigen können sich dann entscheiden, ob  
108 sie einen sechsmonatigen Grundwehrdienst oder einen  
109 Wehrdienst leisten wollen, der auf bis zu 23 Monate ver-  
110 längert werden kann. Denjenigen, die sich über sechs Mo-  
111 nate hinaus verpflichten, bietet die Bundeswehr Weiter-  
112 qualifizierungsmöglichkeiten. Wer Wehrdienst geleistet  
113 hat, soll anschließend in die Reserve grundbeordert wer-  
114 den und die Möglichkeit erhalten, jährlich zu trainieren.  
115 Im Spannungs- oder Verteidigungsfall würde dann die  
116 Reserve für die Gesamtverteidigung zur Verfügung ste-  
117 hen. Auch wenn es hier erstmal nur um die Verpflichtung  
118 zur Beantwortung eines Fragebogens geht, wurde bei der  
119 Vorstellung dieser Pläne klar gemacht, dass es langfris-  
120 tig das Ziel sei, die Wehr- und Dienstpflicht wieder einzu-  
121 führen. Auch die CDU fordert mit ihrem „Gesellschafts-  
122 jahr“ und ihrer „Kontingent-Wehrpflicht“, dass mehr jun-  
123 ge Menschen verpflichtet werden sollen, in der Gesell-  
124 schaft bzw. in der Bundeswehr einen Dienst zu leisten.  
125 Beides hat sie auf Parteitag beschlossen und in ihrem  
126 Grundsatzprogramm niedergeschrieben.

127

#### 128 **Ablehnung der aktuellen Pläne**

129 Wer früher aus Gewissensgründen den Dienst an der Waf-  
130 fe ablehnte, hatte zwei Möglichkeiten, die Wehrpflicht  
131 zu umgehen: Einerseits durch Verweigerung und durch  
132 das Ableisten eines Wehersatzdienstes, dem Zivildienst.  
133 Dieser wurde mit dem Aussetzen der Wehrpflicht in den  
134 Bundesfreiwilligendienst überführt. Andererseits konn-  
135 ten Westdeutsche bis zur deutschen Wiedervereinigung  
136 auch die „neutrale Zone“ West-Berlins nutzen, da diese  
137 aufgrund der alliierten Vorbehaltsrechte von der Wehr-  
138 pflicht ausgenommen war.

139

140 Viele Westdeutsche zogen nach Berlin, um dem Militär-  
141 dienst zu entgehen, auch wenn dies nicht immer oh-  
142 ne Konsequenzen blieb, insbesondere, wenn sie sich erst  
143 nach Erhalt des Einberufungsbefehls absetzten. Die Poli-  
144 zei suchte dann die Flüchtigen per Haftbefehl. Man wurde  
145 also für die Verweigerung kriminalisiert!

146

147 Heute gibt es jedoch keine solche „neutrale Zone“ mehr.  
148 Es ist noch nicht klar, was mit den Leuten passiert, die den  
149 neuen Wehrdienst bzw. die Dienstpflicht verweigern! Ob-  
150 wohl die Diskussion darüber noch nicht abgeschlossen ist,  
151 könnten sich unter Umständen historische Parallelen wie-  
152 derholen.

153

154 Eine Wehr- oder Dienstpflicht birgt außerdem zahlrei-

155 che Nachteile, die sowohl die individuelle Freiheit als  
156 auch die gesellschaftliche Entwicklung beeinträchtigen  
157 können. Eine verpflichtende Einberufung zur Wehr- oder  
158 Dienstpflicht stellt eine unverhältnismäßige Bevormun-  
159 dung junger Menschen dar, die ihre eigenen Lebensent-  
160 scheidungen treffen sollten.

161

162 Zudem kann eine Wehr- oder Dienstpflicht zu einer erheb-  
163 lichen Belastung für die betroffenen jungen Menschen  
164 führen. Viele von ihnen befinden sich in einer entschei-  
165 denden Phase ihres Lebens, in der sie ihre berufliche Aus-  
166 bildung oder ihr Studium beginnen wollen bzw. sich gera-  
167 de befinden. Eine Zwangsverpflichtung unterbricht diesen  
168 Lebensweg oft abrupt und kann zu langfristigen Nachtei-  
169 len führen, wie etwa Verzögerungen im Bildungsweg oder  
170 im Eintritt ins Berufsleben. Dies kann nicht nur die indivi-  
171 duelle Karriereentwicklung behindern, sondern auch wirt-  
172 schaftliche Nachteile nach sich ziehen, die sich auf das ge-  
173 samte Leben der Betroffenen auswirken.

174

175 Darüber hinaus besteht bei einer Dienstpflicht die Ge-  
176 fahr, dass sie soziale Ungerechtigkeiten verstärkt. Wäh-  
177 rend einige junge Menschen möglicherweise die Ressour-  
178 cen und Netzwerke haben, um eine Dienstpflicht zu um-  
179 gehen oder die Nachteile abzufedern, werden andere un-  
180 verhältnismäßig stark belastet. Dies kann insbesondere  
181 für junge Menschen aus marginalisierten Gruppen gelten,  
182 die weniger Möglichkeiten haben, sich gegen eine solche  
183 Verpflichtung zu wehren oder Alternativen zu finden. Da-  
184 durch könnte eine Wehr- oder Dienstpflicht bestehende  
185 soziale Ungleichheiten weiter verschärfen.

186

187 Ein weiteres Argument gegen eine Wehr- oder Dienst-  
188 pflicht ist die potenzielle Ineffizienz und Verschwendung  
189 von Ressourcen. Die Zwangsverpflichtung einer großen  
190 Anzahl junger Menschen kann dazu führen, dass sie in Tä-  
191 tigkeiten eingesetzt werden, die nicht ihren Fähigkeiten  
192 oder Interessen entsprechen. Dies kann nicht nur zu Frus-  
193 tration und Unzufriedenheit bei den Betroffenen führen,  
194 sondern auch dazu, dass das volle Potenzial der jungen  
195 Generation nicht ausgeschöpft wird. Stattdessen könnten  
196 sie in Positionen eingesetzt werden, in denen ihre Talente  
197 und Fähigkeiten besser genutzt werden könnten, was so-  
198 wohl den Einzelnen als auch der Gesellschaft insgesamt  
199 zugutekommen würde. Des Weiteren fehlt es der Bundes-  
200 wehr schon jetzt an ausreichender Infrastruktur und an  
201 genügend Material für den Regelbetrieb.

202

203 Schließlich besteht die Gefahr, dass eine Wehr- oder  
204 Dienstpflicht das Verhältnis zwischen Staat und Bür-  
205 ger\*innen belastet. Wenn junge Menschen gezwungen  
206 werden, einen Dienst zu leisten, den sie nicht freiwillig ge-  
207 wählt haben, kann dies zu einer weiteren Entfremdung

208 vom Staat und zu einem Verlust an Vertrauen in die po-  
209 litischen Institutionen führen. Diese Entfremdung könnte  
210 langfristig negative Auswirkungen auf das gesellschaft-  
211 liche Engagement und die politische Beteiligung haben,  
212 da junge Menschen das Gefühl haben könnten, dass ihre  
213 Rechte und Freiheiten nicht respektiert werden.

214

215 Außerdem sehen wir noch ein weiteres Problem. Viele jun-  
216 ge Menschen gehen nicht zur Bundeswehr, weil das Image  
217 sie abschreckt: Rechte, rassistische und diskriminieren-  
218 de Strukturen sind an der Tagesordnung. Dagegen wird  
219 kaum Initiative ergriffen. Die Bundeswehr soll einen Quer-  
220 schnitt der Bevölkerung widerspiegeln. Gerade in der Bun-  
221 deswehr muss gewährleistet werden, dass die Bundesre-  
222 publik nicht durch Rechte von unten ausgehöhlt wird. Po-  
223 litische Bildungsprogramme dürfen hier nicht dem Rot-  
224 stift zum Opfer fallen. Die Stärkung der politischen Bil-  
225 dung ist notwendig, um die Demokratie zu schützen und  
226 zu fördern. Es geht hier nicht um eine Grundsatzdebatte  
227 über die Bundeswehr oder die NATO, sondern um konkre-  
228 te Maßnahmen, um die Bundeswehr zu reformieren und  
229 in die Gesellschaft zu integrieren. Nur durch gezielte Maß-  
230 nahmen können wir sicherstellen, dass die Bundeswehr  
231 ein Ort der Vielfalt und des Respekts wird.

232

### 233 **Freiwilligendienste stärken!**

234 Wir fordern, statt einer Verpflichtung für junge Menschen,  
235 ein gesetzliches Recht auf einen Freiwilligendienst her-  
236 zustellen, um sicherzustellen, dass jede\*r die Möglich-  
237 keit hat, sich freiwillig zu engagieren, ohne dazu gezwun-  
238 gen zu werden. Dies würde die Motivation und die ge-  
239 sellschaftliche Akzeptanz des Dienstes in der Bundeswehr  
240 und anderen sozialen Bereichen erhöhen.

241

242 Ein Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst könnte  
243 einen wichtigen Beitrag zur Förderung von sozialem En-  
244 gagement und gesellschaftlichem Zusammenhalt leisten.  
245 Ein solcher Anspruch würde sicherstellen, dass alle jun-  
246 gen Menschen – unabhängig von ihrer sozialen oder fi-  
247 nanziellen Situation – die Möglichkeit haben, sich aktiv in  
248 die Gesellschaft einzubringen. Dies ist besonders wichtig,  
249 da Freiwilligendienste oft der erste Schritt für junge Men-  
250 schen sind, um Verantwortung zu übernehmen, wertvol-  
251 le Erfahrungen zu sammeln und ihre berufliche Orientie-  
252 rung zu schärfen.

253

254 Statistiken zeigen, dass das Interesse an Freiwilligendiens-  
255 ten groß ist: Im Jahr 2021 nahmen über 90.000 junge Men-  
256 schen an verschiedenen Freiwilligendiensten wie dem  
257 Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) oder dem Bundesfreiwilli-  
258 gendienst (BFD) teil. Allerdings sind die Plätze begrenzt,  
259 und viele Interessierte gehen leer aus. Ein Rechtsanspruch  
260 würde diese Nachfrage besser decken und gleichzeitig si-

261 herstellen, dass der Zugang zu Freiwilligendiensten nicht  
262 von finanziellen Barrieren oder bürokratischen Hürden be-  
263 hindert wird.

264

265 Anders als eine Dienstpflicht, die mit Zwang und Sanktio-  
266 nen verbunden ist, fördert ein Rechtsanspruch die Moti-  
267 vation und das freiwillige Engagement. Junge Menschen  
268 entscheiden sich aus eigenem Antrieb für einen Freiwil-  
269 ligendienst, was zu einem höheren Maß an Zufriedenheit  
270 und Engagement führt. Studien zeigen, dass freiwillige Tä-  
271 tigkeiten nachhaltiger und effektiver sind, wenn sie auf ei-  
272 genen Wunsch und Interesse basieren. Eine Dienstpflicht  
273 könnte hingegen dazu führen, dass der Dienst als blo-  
274 ße Pflichtübung wahrgenommen wird, was den Raum für  
275 innovative Ansätze und kreatives Engagement stark ein-  
276 schränken würde.

277

278 Ein weiterer Vorteil eines Rechtsanspruchs gegenüber  
279 einer Dienstpflicht liegt in der Flexibilität und Vielfalt  
280 der Einsatzmöglichkeiten. Freiwilligendienste bieten ei-  
281 ne breite Palette an Tätigkeiten in verschiedenen Berei-  
282 chen wie Soziales, Umweltschutz, Kultur und Bildung. Die-  
283 se Vielfalt ermöglicht es jungen Menschen, ihre individu-  
284 ellen Interessen und Stärken einzubringen und wertvolle  
285 Erfahrungen zu sammeln, die sowohl persönlich als auch  
286 beruflich von großem Nutzen sind. Eine Dienstpflicht hin-  
287 gegen würde zwangsläufig zu einer Standardisierung und  
288 Vereinheitlichung führen, die den individuellen Bedürf-  
289 nissen und Fähigkeiten junger Menschen nicht gerecht  
290 wird.

291

292 Ein Rechtsanspruch stärkt außerdem das Vertrauen in die  
293 demokratischen Institutionen, indem er auf Freiwilligkeit  
294 und Mitbestimmung setzt. Anstatt junge Menschen zu  
295 bevormunden und ihnen Verpflichtungen aufzuerlegen,  
296 die sie möglicherweise nicht wollen, gibt ein Rechtsan-  
297 spruch ihnen die Möglichkeit, aktiv und selbstbestimmt  
298 an der Gesellschaft teilzuhaben. Dies fördert nicht nur das  
299 individuelle Verantwortungsbewusstsein, sondern auch  
300 die Identifikation mit der demokratischen Gesellschafts-  
301 ordnung.

302 Allerdings reicht ein gesetzlicher Anspruch allein nicht  
303 aus, um das gesellschaftliche Engagement nachhaltig zu  
304 stärken. Obwohl das Interesse an Freiwilligendiensten  
305 groß ist, nimmt die Nachfrage ab. Dies liegt an zahlrei-  
306 chen Hürden, die potenzielle Teilnehmer\*innen abschre-  
307 cken. Um den Freiwilligendienst attraktiver zu machen,  
308 sind zusätzliche Mittel erforderlich, da die Barrieren oft zu  
309 hoch sind und Planungssicherheit fehlt. Dafür braucht es  
310 eine gesetzliche Verankerung der Mittel, mit Aussetzung  
311 der Jährlichkeit.

312

313 Der Zugang zu Freiwilligendiensten muss allen jungen

314 Menschen gleichermaßen offenstehen und darf weder  
315 vom Einkommen der Eltern noch durch diskriminieren-  
316 de Strukturen eingeschränkt werden. Derzeit ist es leider  
317 nicht für jede junge Person möglich, an einem Freiwilli-  
318 gendienst teilzunehmen. Die Hindernisse sind vielfältig  
319 und reichen von finanziellen Barrieren über bürokratische  
320 Hürden bis hin zu Diskriminierungserfahrungen. Beson-  
321 ders für marginalisierte Gruppen stellen diese Bedingun-  
322 gen eine unüberwindbare Herausforderung dar.

323

324 Wir setzen uns daher dafür ein, dass der Zugang zu Frei-  
325 willigendiensten erleichtert wird, indem die Vergütung  
326 an die Lebensrealitäten junger Menschen angepasst wird.  
327 Konkret bedeutet dies, dass die Vergütung über dem Exis-  
328 tenzminimum liegt und den hohen Mietpreisen in Bal-  
329 lungszentren gerecht werden muss. So soll sichergestellt  
330 werden, dass alle jungen Menschen, unabhängig von ih-  
331 rer finanziellen Situation oder sozialen Herkunft, die Mög-  
332 lichkeit haben, sich gesellschaftlich zu engagieren. Dieses  
333 Engagement muss auch ohne zusätzliche finanzielle Un-  
334 terstützung aus dem Elternhaus möglich sein. Für uns ist  
335 es essentiell, dass ein Freiwilligendienst kein Armutsrisiko  
336 darstellt.

337

338 Ein gleichberechtigter Zugang bedeutet auch, dass junge  
339 Menschen umfassend über die Möglichkeiten und Vortei-  
340 le eines Freiwilligendienstes informiert werden. Wir for-  
341 dern deshalb eine stärkere Verankerung von Beratungsan-  
342 geboten in Schulen, die gezielt auf die individuellen Be-  
343 dürfnisse junger Menschen eingehen und sie bei der Be-  
344 werbung unterstützen. Darüber hinaus ist es wichtig, dass  
345 die bürokratischen Prozesse rund um Freiwilligendienste  
346 kein Hindernis darstellen. Wir fordern eine Vereinfachung  
347 und Beschleunigung der Bewerbungsverfahren sowie Un-  
348 terstützung bei bürokratischen Herausforderungen, um  
349 den Zugang für alle zu erleichtern.

350

351 Besonders für junge Menschen aus ländlichen oder struk-  
352 turschwachen Regionen muss der Zugang zu Freiwilligen-  
353 diensten verbessert werden. Wir setzen uns dafür ein,  
354 dass mehr Angebote in diesen Regionen geschaffen wer-  
355 den und die Kosten für notwendige Reisen oder einen  
356 Umzug an den Ort des Freiwilligendienstes übernommen  
357 werden. Zudem sollten, wenn möglich, Mobilitätshilfen  
358 und Wohnmöglichkeiten bereitgestellt werden, um die  
359 Teilnahme zu ermöglichen oder zu erleichtern.

360

361 Für marginalisierte Gruppen sind Freiwilligendienste auf-  
362 grund von Diskriminierungserfahrungen oft mit größeren  
363 Hürden verbunden. Wir fordern daher die Umsetzung in-  
364 klusiver Programme, die gezielt Jugendliche aus margi-  
365 nalisierten Gruppen ansprechen und unterstützen. Anti-  
366 diskriminierungsmaßnahmen und -schulungen für Träger

367 und Teilnehmende sind essentiell, um ein offenes und re-  
368 spektvolles Umfeld für alle zu schaffen.

369

370 Eine Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt, dass eine Er-  
371 höhung der Teilnehmer\*innenzahlen auf 300.000 pro Jahr  
372 zusätzlich rund 4,176 Milliarden Euro an Kosten verursa-  
373 chen würde. Dieses Geld würde die Lebenshaltungskos-  
374 ten, Versicherungen, Fahrtkosten, pädagogische Beglei-  
375 tung und Verwaltungskosten abdecken sowie zusätzliche  
376 Unterstützung für benachteiligte Menschen bieten. Lang-  
377 fristig würde diese Investition zur Entlastung des sozia-  
378 len Systems beitragen. Freiwilligendienste fördern die be-  
379 rufliche Integration, reduzieren die Jugendarbeitslosigkeit  
380 und tragen zur persönlichen und beruflichen Entwicklung  
381 bei, was letztlich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen  
382 Wirtschaft stärkt.

383

384 Für uns ist klar: Einer Verpflichtung werden wir nicht zu-  
385 stimmen. Wir kämpfen lieber für die Rechte junger Men-  
386 schen! Einen Freiwilligendienst zu leisten, sollte kein Pri-  
387 vileg sein!

388 Zusammenfassend fordern wir also, dass

- 389 • ein Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst für  
390 junge Menschen eingeführt wird,
- 391 • die Vergütung des Freiwilligendienstes auf Mindest-  
392 lohniveau
- 393 • es eine stärkere Verankerung von Beratungsangebo-  
394 ten in Schulen, die gezielt auf die individuellen Be-  
395 dürfnisse junger Menschen eingehen und sie bei der  
396 Bewerbung unterstützen gibt,
- 397 • eine Vereinfachung und Beschleunigung der Bewer-  
398 bungsverfahren sowie Unterstützung bei bürokrati-  
399 schen Herausforderungen stattfindet,
- 400 • das Angebot von Freiwilligendiensten in ländlichen  
401 und strukturschwachen Regionen weiter ausgebaut  
402 wird und die Kosten für notwendige Reisen oder  
403 einen Umzug an den Ort des Freiwilligendienstes  
404 übernommen werden,
- 405 • inklusive Programme umgesetzt werden, die gezielt  
406 Jugendliche aus marginalisierten Gruppen anspre-  
407 chen und unterstützen,
- 408 • die erforderlichen Mittel gesetzlich verankert und  
409 hierbei von der Jährlichkeit ausgeschlossen werden.
- 410 • Außerdem bekräftigen wir erneut unsere klare Ab-  
411 lehnung einer Dienst- und Wehrpflicht in jeglicher  
412 Form und wiederholen unsere Forderung zur Strei-  
413 chung der Reaktivierungsklausel im Grundgesetz.
- 414 • Wir bekräftigen unsere Forderung, dass die Einsatz-  
415 stellen umgehend, durch Land und Bund gefördert,  
416 die Fahrtkosten für den Arbeitsweg ihrer Freiwilli-  
417 gen in Form eines ÖPNV-Tickets übernehmen.

418